

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und  
war Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.  
Illustr. Unterhaltbl.) in der  
Expedition, bei unsern Bot-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

40. Jahrgang.

Nr. 93.

Donnerstag, den 10. August

1893.

### Bekanntmachung.

Vom Reichsgesetzblatt auf das Jahr 1893 sind erschienen die Nrn. 26, 27, 28 und 29. Dieselben enthalten: **Verordnung**, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln; **Gesetz** gegen den Verrath militärischer Geheimnisse; **Bekanntmachung**, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Anfertigung von Händhölzern unter Verwendung von weißem Phosphor; **Bekanntmachung**, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Bleifarben- und Bleizuckerfabriken; **Bekanntmachung**, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen; **Gesetz**, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für

das Etatsjahr 1893/94; **Gesetz**, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres; **Bekanntmachung**, betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen vom 19. Mai 1891; **Verordnung**, betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags für aus Rußland kommende Waaren.

Diese Gesetzblätter liegen zu Jedermanns Einsicht an Rathsstelle aus.  
E i b e n s t o c k, den 5. August 1893.

Der Rath der Stadt.

Dr. Körner.

Hans.

### Der Kaiser in England.

Kaiser Wilhelm ist aus England in die heimischen Gewässer zurückgekehrt. Seit seiner Thronbesteigung hat er alljährlich seiner Großmutter, der Königin Victoria, einen Besuch abgestattet, wozu sowohl verwandtschaftliche Anhänglichkeit wie die Verliebe des Kaisers für Seefahrten beigetragen haben mögen. Als dritter Grund findet sich häufig in den Betrachtungen der ausländischen, besonders der russischen Presse der Wunsch angegeben, England zum Eintritt in den mitteleuropäischen Friedensbund zu veranlassen. Indessen wird man diese Behauptung fallen lassen müssen, wenn man die einschlägigen Verhältnisse genauer in Betracht zieht.

Die Zeit des diesjährigen Besuches Kaiser Wilhelms fällt zusammen mit einer schweren Niederlage der englischen Politik. Frankreich hat sein Interessengebiet auf der hinterindischen Halbinsel auf Kosten Englands bedeutend erweitert und zu dem Schaden der Briten noch den Spott gefügt, daß englische Zettelungen den französisch-siamesischen Konflikt veranlaßt hätten. Zwischen London und Paris ist eine Uebereinkunft zu stande gekommen, der zufolge zwischen Birma und den neuen französischen Besitzungen am Mekong eine neutrale Zone, ein „Puffer“, bestehen bleiben soll, etwa in der Weise, wie Afghanistan der Puffer gegen Rußland für die indischen Besitzungen Englands ist. Aber wie Rußland von Norden her auf drei Wegen (Kabul, Herat und Pamir) langsam und zweckföhrer gegen Indien vordringt, so wird auch Frankreich von Tonking, Kambodja und Ostiam her weiter gegen Indien vordringen, sobald sich eine passende Gelegenheit dazu bietet.

Englands Lage in Indien ist keineswegs eine unantastbare. Nur die Eifersucht der indischen Fürsten, Radjabs und Nabobs unter einander macht es möglich, daß die Briten mit einem Heere von etwa 30.000 Mann eine Bevölkerung beherrschen, die 300 Millionen Seelen zählt. Afghanistan hat längst aufgehört, Englands Bundesgenosse zu sein; der Emir hat es ausdrücklich und unter allerhand durchsichtigen Vorwänden abgelehnt, in diesem Jahre mit dem englischen Oberstkommandirenden General Roberts zusammenzutreffen. Der russische Einfluß beim Emir überwiegt. Rußland und Frankreich reichen sich unsichtbar über Indien hinweg die Hände und rücken immer näher aneinander. Die Gefahr für die Schatzkammer der englischen Krone, für das alte Wunderland Indien, ist groß. Der siamesische Konflikt hat England gezeigt, daß es durch seine eigensüchtige Politik sich selbst vereinzelt, daß es auf keine fremde Hilfe zu rechnen hat, und deshalb ist es auch schwächlich unterlegen.

Das Natürlichste unter diesen Verhältnissen wäre doch nun, sich offen und ehrlich den Dreibundsmächten anzuschließen, aber dazu kann sich England aus mehreren Gründen nicht verstehen. Der Dreibund hat den ausschließlichen Zweck, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten und seinen Mitgliedern ihren Besitzstand zu sichern. Alle Anstrengungen und Aufwendungen, die in dieser Hinsicht gemacht werden, kann sich England sparen und genießt trotzdem die Segnungen des Friedens mit. Sein europäischer Besitz gilt ihm als unantastbar und es braucht zu dessen Vertheidigung keiner fremden Hilfe. Für Siam und Indiens Vertheidigung wäre aber der Dreibund natürlich nicht zu haben. Der Zutritt Englands zu dem mitteleuropäischen Friedensbündnis

hätte also nur den Erfolg, daß sich England in internationalen Fragen der moralischen Unterstützung durch seine Verbündeten versichert halten dürfte. Eine solche aber hätte im neuesten Konfliktsfalle nicht ausgereicht und deshalb macht England gute Miene zum bösen Spiel und thut so, als ob es sich freue, mit Frankreich wegen der neutralen Zone ein vortheilhaftes Abkommen geschlossen zu haben.

Rosebery, der Leiter des Auswärtigen in England, ist ein persönlicher Freund des Grafen Herbert Bismarck und soll sogar wichtige Papiere des Alt-Reichskanzlers in Verwahrung haben. Vielleicht erklärt sich auch daraus, weshalb dem neuen Kurse nicht der Gefallen erwiesen werden soll, sich einen politischen Erfolg, wie es der Beitritt Englands zum Dreibund wäre, auf das eigene Konto schreiben zu können. Aus gleichem Grunde sind auch alle Vermuthungen hinsichtlich, die trotz offiziöser Ablehnung der neuen Kaiserreise nach England politische Zwecke unterschoben oder von ihr vielleicht sogar eine neue, dem Frieden vortheilhaftere Gruppierung der europäischen Großmächte erhofften.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zum deutsch-russischen Zollkriege liegen folgende Nachrichten vor: Wie der „Reichs-Anzeiger“ meldet, hat die russische Botschaft in Berlin die deutsche Reichsregierung bereits amtlich benachrichtigt, daß die russische Regierung auch den finländischen Zolltarif Deutschland gegenüber um fünfzig Prozent erhöht hat. — Die Situation dürfte sich durch diese Maßregel nicht zu Ungunsten Deutschlands verschlechtern; vielmehr dürfte, wenn auch dieser Riegel der Ausfuhr von aus Rußland stammendem Getreide vorgeschoben sein wird, die Lage der russischen Landwirtschaft, sei es auch nur durch die Konkurrenz der finnischen Produkte, eine weit bedrängtere werden und eine Abhilfe um so zwingender geboten erscheinen. Die reiche Ernte wird zum Verderben, wenn die Absatzwege verlegt werden, und das Mißverhältnis zwischen dem Naturalertrag und der Möglichkeit einer thatsächlichen Verwerthung macht sich bereits bemerklich. Nach einer Petersburger Depesche der „Röln. Z.“ kommen aus Pultawa seitens der Landwirthe zahlreiche Klagen über das Stocken der Erntearbeiten, weil die Arbeiter infolge der reichen Ernte übermäßige Löhne beanspruchen und die Arbeit im Stiche lassen, wenn ihre Forderungen unbewilligt bleiben. Das Gouvernements-Amt hat infolgedessen den Kiewer Militär-Gouverneur gebeten, die Lagerübungen einzustellen und die Soldaten zur Feldarbeit zu beurlauben. Nach dem Londoner „Daily Telegraph“ herrscht Petersburger Meldungen zufolge in Rußland, namentlich unter den Landwirthen, große Unzufriedenheit wegen des ausgebrochenen Zollkrieges, weil gerade bei der jetzigen ausgiebigen Ernte ein Sinken der Getreidepreise schon an und für sich unausbleiblich war, durch den Zollkrieg aber noch erheblicher gestaltet worden ist.

— Am Dienstag haben in Frankfurt a. M., im ehemaligen SitzungsSaale des Bundestages unseligen Andenkens, die Beratungen der Leiter der Finanzen sämtlicher Bundesstaaten ihren Anfang genommen. Die Aufgabe der Ministerkonferenz besteht darin, eine Einigung über die Grundsätze herbeizuführen, nach denen die sog. Reichssteuerreform in Angriff zu nehmen ist. In erster Linie handelt es sich hierbei nach der „Röln. Ztg.“ um die Beant-

wortung der Frage, ob die bisherige Art, wie das Deutsche Reich seine Einnahmen zur Ueberweisung an die Einzelstaaten verwandt und von den Einzelstaaten in ebenso unregelmäßiger Weise die Deckung seiner Ausgaben durch Ausschreibung von Matricularbeiträgen verlangt hat, beibehalten werden soll oder nicht. Würde die Frage bejaht werden, so würde es genügen, für die Aufbringung der für die Deckung der Militär-vorklage erforderlichen Mittel durch Beschaffung neuer Reichseinnahmen Sorge zu tragen. Wird aber jene Frage verneint, so werden zunächst noch die ferneren erörtert und beantwortet werden müssen, wie weit das Reich Kostgeber der Einzelstaaten bleiben soll, wie weit es für eine endliche, regelmäßige Tilgung der übermäßig angewachsenen Reichsschuld sorgen will, wie weit es endlich der aus den bisherigen Reichsgesetzen, vor Allem den Arbeiterschutzgesetzen voraussichtlich entstehenden Steigerung der Ausgaben schon jetzt durch einseitliche Deckungsmaßregeln gerecht werden will. Erst wenn diese Fragen grundsätzlich gelöst sind, wird man zur Beantwortung der letzten Frage schreiten können, welche Objekte als neue Steuerquellen dienen sollen. — Es ist notwendig, daß endlich einmal ganze Arbeit gethan wird. Seit 1879 ist es das Streben des Fürsten Bismarck gewesen, ein festes befriedigendes Verhältnis zwischen der Finanzverwaltung des Reiches und denen der Einzelstaaten zu ziehen. Die Lösung ist ihm nicht gelungen. Er hat große neue Einnahmequellen erschlossen; das Reich hat auch eine Anzahl von Jahren hindurch den Einzelstaaten erhebliche Ueberschüsse überweisen können. Aber von Jahr zu Jahr ist angehts der stetig gewachsenen Reichsausgaben jenes Verhältnis zum Nachtheil der Einzelstaaten immer ungünstiger geworden, und heute ist bereits das Reich wiederum Kostgänger statt Kostgeber der Einzelstaaten. Es hat sich sonach herausgestellt, daß der bisher verfolgte Weg nicht zum Ziele geführt hat. Aber das Ziel ist nach wie vor vorhanden. Mehr denn je ist es erstrebenswerth. Es wird sich darum handeln, neue Wege zu finden, welche mit einer größeren Aussicht des Erfolges zum Ziele führen.

— Wie aus süddeutschen Regierungskreisen verlautet, wird im Vordergrund der der Frankfurter Finanzminister-Konferenz zu unterbreitenden Vorschläge eine Tabak-Fabrikat- und eine Weinsteuer stehen, daneben eine neue Börsesteuer und einige kleinere Luxussteuern. Auch bei dem Tabak- und Weinprojekt dürfte der Nachdruck darauf gelegt werden, den Verbrauch des kleinen Mannes, sowie die Interessen der beteiligten Erwerbskreise möglichst zu schonen und dafür den kostspieligeren Konsum heranzuziehen. Man glaubt eine rasche und glatte Verständigung der Regierungen erwarten zu dürfen.

— Kiel. Die Kieler Geschützexplosion auf dem Panzerschiff „Baden“, die so viele Opfer gefordert hat, ist nach der „Kiel. Ztg.“ auf das Lossprengen des Keilverschlusses eines Geschüzes zurückzuführen. Das Geschöf blieb im oberen Theil des Rohres stecken, der Keilverschluß flog ab und die Explosion schlug nach hinten hinaus.

— Oesterreich-Ungarn. Am Montag Vormittag trat in Wien die österreichisch-ungarische Zoll- und Handelskonferenz zur Feststellung der Instruktionen für die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland zusammen. Wie das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ mitttheilt, dürfte die Konferenz voraussichtlich mehrere Tage dauern. Es handelt sich um den Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages